

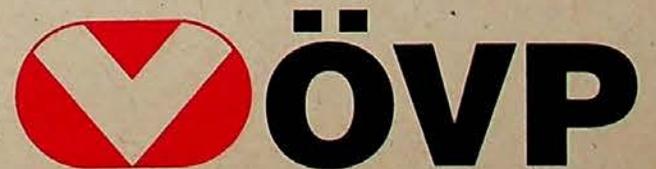
VISIONEN FÜR ÖSTERREICH:

Ökосоziale Marktwirtschaft

28. JPT

Nov. 1989

Neu denken.
Für Wirtschaft
und Umwelt.



Leitantrag zum Zukunftsparteitag, 24.-25. November 1989, Graz

ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
NEU DENKEN. FÜR WIRTSCHAFT UND UMWELT

Leitantrag des 28. a.o. Bundesparteitags
der Österreichischen Volkspartei
am 24./25. November 1989

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Einleitung	1
Ökologie als Langzeit-Ökonomie	11
Qualitatives Wachstum in der Ökosozialen Marktwirtschaft	17
Ökosoziale Marktwirtschaft beginnt im eigenen Haus	18
Österreich als Vorreiter einer neuen Umweltqualität	19
Für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik	21
Die 10 Prinzipien der Ökosozialen Marktwirtschaft	27
Zielkatalog für Umwelt und Wirtschaft	31

EINLEITUNG

Die ÖVP fühlt sich als moderne Volkspartei und aufgrund ihres christlich-demokratischen Selbstverständnisses in einem besonderen Maße zur Achtung vor der Schöpfung verpflichtet. Wir bekennen uns zu dem Auftrag, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und zu bewahren. Wir bekennen uns zu dem Auftrag, die Erde unseren Kindern bewohnbar und fruchtbar zu erhalten. Auch den nachkommenden Generationen muß es möglich sein, in einer menschenwürdigen, gesunden Umwelt ihren Lebensweg zu gehen, sich an der Schönheit der Natur und an der Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt zu erfreuen. Für uns ist daher die Freiheit des Menschen ohne Verantwortung für die Zukunft nicht denkbar.

Die Politik der Österreichischen Volkspartei ist untrennbar mit dem Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Dieses Modell ist die Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands Österreichs. Es hat den Menschen in Österreich zu einem Ausmaß an sozialer und politischer Stabilität verholfen, das auch heute noch international Anerkennung und Bewunderung hervorruft.

Gerade in jüngster Zeit wird uns die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips gegenüber allen anderen Formen ökonomischer Steuerungsmechanismen eindringlich demonstriert. Selbst die Staaten Osteuropas müssen - was noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre - eingestehen, daß sie zur Lösung ihrer ökonomischen und sozialen, aber gerade auch ihrer großen ökologischen Probleme, nicht länger auf die Effizienz des Marktes verzichten können.

Diese Überlegenheit des Marktes war keineswegs immer so unbestritten und allgemein akzeptiert wie heute. Wir dürfen daher nie vergessen, daß es die wirtschaftspolitischen Vordenker, die Kanzler, die Finanz- und Wirtschaftsminister der Österreichischen Volkspartei waren, die an den Anfängen der Zweiten Republik, gegen oft massive Widerstände anderer politischer Gruppierungen und Parteien, marktwirtschaftliche Ideen durchsetzen konnten und damit die enormen Wohlstandssteigerungen unserer Nachkriegsgeschichte möglich machten.

Die Österreichische Volkspartei hat die soziale Marktwirtschaft als eigenständigen Weg zwischen planwirtschaftlichem Sozialismus und schrankenlosem Wirtschaftsliberalismus gewählt.

Wir haben mit unserer Wirtschaftspolitik auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft den Beweis erbracht, daß Konflikte zwischen Arbeit und Kapital, zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Gewinnstreben partnerschaftlich gelöst werden können.

Unser Weg war erfolgreich. Die Diskussion, welcher Aufgaben sich der Staat vorrangig anzunehmen hat, führt auch Ende der 80er Jahre zu Auseinandersetzungen. In ihrem Eintreten für mehr Staat oder mehr Markt unterscheiden sich auch heute noch die großen politischen Kräfte.

Wir halten am Weg der sozialen Marktwirtschaft fest und wenden uns den neuen großen Herausforderungen zu. Neben der Sanierung der Staatsfinanzen und der Sicherung unseres sozialen Systems erblicken wir die größte Herausforderung der 90er Jahre in der Sanierung der Umwelt.

Es geht daher darum, unserem politischen Gestaltungsauftrag nachzukommen, auf die heutigen Probleme und Herausforderungen mit neuen Ideen und Lösungsansätzen zu antworten. Es geht um

eine neue Politikkonzeption. Es geht um ein neues politisches Ordnungsmodell für die 90er Jahre.

Gerade als Partei, die in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft verwurzelt ist, verfügen wir im Gegensatz zu anderen Parteien über Lösungsansätze, die eine Weiterentwicklung und Ergänzung unserer erfolgreichen Wirtschaftsordnung um ökologische Gesichtspunkte gestatten:

- Wir setzen auf die Integration des Umweltschutzes und der Umweltsanierung in das marktwirtschaftliche System, während andere von einem unauflösbaren Konflikt zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Interessen der Umwelt reden.
- Wir sehen in den Herausforderungen des Umweltschutzes eine faszinierende Gestaltungsaufgabe, während andere Pessimismus und Fortschrittsfeindlichkeit verbreiten.
- Wir wollen die Dynamik eines qualitativen Wachstums für den Umweltschutz nützen, während andere sich auf eine aggressive Wachstumsfeindlichkeit beschränken und in Wirklichkeit unser freies Gesellschaftssystem ablehnen.
- Wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen, sowie auf die Vernunft und die Lernbereitschaft der Menschen, während sich andere mit vordergründigen Scheinlösungen zufriedengeben oder nach einer Ausweitung der Staatstätigkeit, einer verstärkten bürokratischen Lenkung und nach mehr direkten Staatseingriffen rufen.
- Wir wissen, daß die Erhaltung einer intakten und lebenswerten Umwelt auch ein zentrales Anliegen der österreichischen Wirtschaft ist: So wie in der Vergangenheit werden in der Zukunft noch verstärkte Anstrengungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene erforderlich sein, um den wachsenden

Einsichten in ökologische Zusammenhänge adäquat Rechnung zu tragen.

- Wir vertrauen darauf, daß die Konsumenten immer mehr jenen Gütern den Vorzug geben werden, die sich durch umweltfreundliche Produktion und umweltfreundliche Eigenschaften auszeichnen.

Wir stellen unser Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft als neue politische Leitlinie für die 90er Jahre zur Diskussion.

Wir wollen die Umweltqualität erhöhen und den Lebensstandard nicht beeinträchtigen.

Statt auf mehr Staat setzen wir auf mehr Markt.

Unser Grundsatz heißt: Soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig.

Statt auf bürokratische Kontrolle setzen wir auf mehr persönliche Verantwortung und Motivation der Menschen.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft steht mit ihrem Bekenntnis zu Leistung, zu Marktwirtschaft, zu Eigenverantwortung und Solidarität, zu Natur und Leben auf dem festen Fundament christlich-demokratischer Grundsätze.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft bekennt sich optimistisch und konstruktiv zu umweltbewußtem Handeln des Menschen, sie ist unvereinbar mit Fortschrittskepsis und Wirtschaftsfeindlichkeit, sie ist unvereinbar mit Zukunftspessimismus und Resignation, sie ist unvereinbar mit dem Glauben an Allmacht und Allwissenheit des Staates.

Die **Ökosoziale Marktwirtschaft** ergänzt die strenge Anwendung des Verursacherprinzips durch Anreize zu umweltgerechtem Verhalten und unterstützt damit auch das Vorsorgeprinzip.

Die **Ökosoziale Marktwirtschaft** bewirkt einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen. Sie beugt damit im Vergleich zur zentralen Verwaltungswirtschaft umweltschädlichem Verhalten vor und bietet daher die wirksameren Lösungsmöglichkeiten.

Die **Ökosoziale Marktwirtschaft** bekennt sich zur Solidarität über Grenzen und Generationen hinweg. Sie ist sich der globalen und langfristigen Risikogemeinschaft bewußt, sie tritt daher für eine weltweite Umweltpartnerschaft und einen ökologischen Generationen-Vertrag ein.

Die **Ökosoziale Marktwirtschaft** nützt die Dynamik unseres freien Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, sie weist damit weit in die Zukunft.

Das vorliegende Programm für eine **Ökosoziale Marktwirtschaft** gibt den Rahmen für die Wirtschaftspolitik und die Umweltpolitik der Zukunft.

Dieses Programm ersetzt aber nicht die konkreten Wirtschaftsprogramme und die konkreten Umweltprogramme der Volkspartei, sondern legt die Basis, auf der diese Programme abgestimmt und integriert werden können.

Das Hinzutreten der ökologischen Komponente bedeutet im übrigen keine Vernachlässigung der sozialen Probleme.

Wir sind uns bewußt, daß die Reform des Gesundheitssystems, der Altenbetreuung, die Lage der berufstätigen Frauen, der kinderreichen Familien und die Absicherung der alten Menschen ebenfalls von besonderer Bedeutung sind. Auch hier setzen wir auf

die Dynamik, Flexibilität und Solidarität im Rahmen einer Ökosozialen Marktwirtschaft.

Die Österreichische Volkspartei hat seit ihrem Eintritt in die Bundesregierung die österreichische Umweltpolitik und die österreichische Wirtschaftspolitik wesentlich geprägt.

Die Österreichische Volkspartei hat aber auch schon vorher - besonders in den von ihr geführten Bundesländern - wesentlich dazu beigetragen, daß in Österreich beispielgebende Entscheidungen für eine neue Umweltpolitik getroffen werden konnten, die auch eine Herausforderung für andere europäische Länder darstellen.

Beispiele für diese neue und mutige Umweltgesinnung gibt es viele:

- Österreich hat, gestützt durch eine Entscheidung der österreichischen Bevölkerung, auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet. Wir haben darüber hinaus immer eine klare Haltung eingenommen, wenn es um mögliche Gefahren durch Kernenergieanlagen im Ausland, insbesondere in grenznahen Regionen ging. Dies zeigt sich an unserem Auftreten gegen das inzwischen aufgegebene Projekt der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, dies zeigt sich an unserem Bemühen um Informations- und Kontrollverträge für die in Österreichs unmittelbarer Nähe betriebenen Kernkraftwerke.
- Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Aulandschaft in Hainburg erhalten bleibt und zum Kernstück eines großen österreichischen Nationalparks Donau-Auen wird. Wir arbeiten an der Realisierung der anderen Nationalparks, insbesondere in der Region Hohe Tauern. Wir bekennen uns zum Ausbau der Wasserkraft als sauberster Energiequelle, die in

unserem Land in reichem Ausmaß vorhanden ist. Wir werden jedoch alles tun, um auch hier die wichtigen Ziele des Naturschutzes zu wahren. Mit der Regierungsbeteiligung der Österreichischen Volkspartei konnte jedenfalls gezeigt werden, daß eine maßvolle Energiepolitik mit den Anliegen des Umweltschutzes ausgesöhnt werden kann.

- In der gravierenden Transit-Problematic hat Österreich durch seine geographische Lage eine Schlüsselfunktion und daher auch die Aufgabe, zu einer weiteren Bewußtseinsbildung in den anderen europäischen Ländern beizutragen. Dabei muß durch vernünftige und vollziehbare Maßnahmen die Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene attraktiver gemacht werden, Abgase und Lärm sind zu reduzieren. Erforderliche Umstellungsmaßnahmen, insbesondere Lärmschutzmaßnahmen sowie der Einsatz von lärmarmen Fahrzeugen und Flüsterbelägen, werden aus der Öko-Maut gefördert, um einseitige Belastungen zu vermeiden.
- Wir haben durch gesetzliche und durch freiwillige Schritte eine Vorreiter-Funktion in der Luftreinhaltung eingenommen. Die frühzeitige Einführung der Katalysator-Pflicht, der freiwillige Rückzug bei Spraydosen mit schädlichem Treibgas und die Luftreinhaltung im industriellen Bereich, etwa am Beispiel des KVA-Verfahrens, zeigen deutlich, daß im Umweltschutz sehr oft einvernehmliche Lösungen gefunden werden können und daß andererseits dort klar entschieden werden muß, wo Umweltbelastungen rasch zu beseitigen und zu vermeiden sind.
- Aufgrund bereits beschlossener und eingeleiteter Maßnahmen wird es bis Mitte der 90er Jahre gelingen, den Ausstoß an Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden, Staub und Kohlenmonoxid zunächst um rund ein Drittel zu reduzieren. Deutliche Erfolge sind schon heute bei den stark reduzierten Bleiemissionen aus dem Straßenverkehr und beim Schwefeldioxidausstoß erkennbar.

- In der Wissenschaftspolitik wurden ebenfalls deutliche Umweltakzente gesetzt: Seit kurzem gibt es eine Studienrichtung "Ökologie", im Jahr 1988 wurde ein Forschungskonzept "Umwelttechnik" ausgearbeitet, das nun die Basis für einen Technologieschwerpunkt der Bundesregierung ist. Ein besonderer Akzent wurde im Bereich der Energieforschung gesetzt, wo Österreich auch am EG-Programm JOULE mitwirken wird. Schließlich läuft seit mehreren Jahren die "Österreichische Forschungsinitiative gegen das Waldsterben".

- Die österreichische Agrarpolitik ist ein weiteres Beispiel für die richtungsweisende Neuorientierung eines wichtigen Wirtschaftsbereiches: Das Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb, die Förderung neuer Produktionen und Produkte, insbesondere naturnaher Qualitätsprodukte, die gesellschaftliche und materielle Anerkennung der Leistungen der bäuerlichen Bevölkerung, wie etwa die Erhaltung intakter Lebensgrundlagen und einer funktionsfähigen ländlichen Infrastruktur, die krisensichere Lebensmittelversorgung und Rohstoffproduktion aus Biomasse sowie die unverwechselbare kulturelle Identität in den verschiedenen Regionen, sind wichtige Beispiele für das Zusammenwirken marktwirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ziele.

- Das Eintreten für einen sanften Tourismus, der die österreichische Erholungslandschaft auch langfristig erhält und gemeinsam mit einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft die Basis für eine zukunftssichere Freizeit-Wirtschaft legt, ist ebenfalls beispielgebend dafür, daß Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik nicht zu Gegensätzen, sondern zu gemeinsamem Handeln im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft geführt werden können.

- Ebenso sind mit dem Altlastensanierungsgesetz und dem Abfallwirtschaftsgesetz wichtige Weichenstellungen zur solidari-schen Bewältigung einer Abfallproblematik getroffen worden, für deren Entstehen wir gemeinsam verantwortlich sind und für deren schrittweise Aufarbeitung wir alle, ob als Produzent oder als Konsument, unseren Beitrag leisten müssen. Auch hier hat die Bewußtseinsbildung und der freiwillige Rückzug aus umweltbelastenden Produkten sowie die bewußte Müllvermeidung den Vorrang vor mehr Vorschriften und einseitigen Belastungen.

- Ebenfalls im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft ist die Aufnahme neuer Ziele in den Unternehmensauftrag der Energie-versorgungsunternehmen. Es geht dabei nicht nur um die Ver-ankerung des Energiesparens, sondern auch um neue Aufgaben, etwa im Bereich der Wasserversorgung und der Müllverbrennung, weil auf diese Weise die Kapazität eines hochqualifizierten Wirtschaftszweiges im Sinne von Flexibilität und Mobilität zur Lösung von Umweltaufgaben genützt werden kann.

- Diese Art von Umweltdiskussion und Umweltpolitik im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft führt auch zu einem gesteigerten Umweltbewußtsein in der Bevölkerung: In den letzten zwei Jahren ist die Zahl jener Österreicher, die bestrebt sind, Spraydosen mit Treibgas zu vermeiden, um 50% gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung gibt es bei der Rückgabe alter Batterien, bei der Verwendung phosphatfreier Waschmittel und bei der Ablehnung aufwendiger Verpackungen.

Das Umdenken in Richtung einer Ökosozialen Marktwirtschaft hat also bereits grundsätzliche und konkrete Konsequenzen gebracht, die für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung sind:

- Neue Aufgabenstellungen für die Wirtschaft
- Langfristiges Denken statt kurzfristiger und punktueller Maßnahmen
- Ökologische Schwerpunkte in den Zukunftsbereichen Wissenschaft und Forschung
- Einvernehmliche oder freiwillige Maßnahmen statt mehr Vorschriften und mehr Bürokratie
- Solidarität mit den von Umweltproblemen besonders Betroffenen
- Neues Umweltbewußtsein bei Produzenten und Konsumenten
- Gemeinsame Verantwortung für das Leben und seine Grundlagen.

Dieser erfolgreiche Weg in die Zukunft muß fortgesetzt werden. Wegweiser dabei ist das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft.

ÖKOLOGIE ALS LANGZEIT-ÖKONOMIE

Es ist also Bewegung in die österreichische Umweltpolitik gekommen, erste Erfolge zeigen sich etwa beim Zustand unserer Wälder.

Ohne Langzeit-Denken kann es aber keine wirksame Umweltpolitik geben. Denn

Umwelt-Wissen ist Langzeit-Wissen:

- Die Zeitspanne zwischen Verursachung und Folgen ist so groß, daß sich der Zusammenhang oft erst viel später herausstellt.
- Die negativen Auswirkungen von Umweltbelastungen sind nicht punktuell zu beurteilen, sondern kumulieren sich häufig über lange Zeiträume, um dann plötzlich wirksam zu werden.
- Umweltschäden entstehen oft erst durch das Zusammenwirken von einzelnen Faktoren, die für sich allein weniger schädlich wären und mit ganz verschiedenen Maßnahmen zu bekämpfen sind.
- Umweltbelastungen wirken nicht nur lokal, sondern sehr oft über ganze Regionen und über Grenzen hinweg, sodaß es oft schwierig ist, den Verursacher festzustellen und zur Verantwortung zu ziehen.
- Der Informationsstand über die Gefährdung durch Stoffe und Handlungsweisen ist lückenhaft und kann nur langfristig angehoben werden. Dies gilt insbesondere für umweltrelevante Entscheidungen des Konsumenten.

Umwelt-Kosten sind Langzeit-Kosten:

- Die Rettung der Wälder mag teuer sein, die Wiederaufforstung ist um ein Vielfaches teurer.
- Die technisch perfekte Entsorgung unserer Abfälle mag schwierig und teuer sein, die Sanierung von Deponien wie der Mitterndorfer Senke ist noch teurer.
- Der Ersatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen mag schwierig sein, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Ozon-Schicht zu schaffen, scheint heute kaum möglich.

Umso mehr ist es notwendig, rasch zu einer Gesamtstrategie für den Schutz der Umwelt zu kommen, wie sie das Ordnungssystem der ökosozialen Marktwirtschaft anbietet. Dabei sind Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik aufeinander angewiesen:

- Die Wirtschaftspolitik muß von der Erkenntnis ausgehen, daß Luft, Boden, Wald und Wasser ebenso wie die Artenvielfalt zu knappen, erschöpfbaren und damit kostbaren Gütern geworden sind. Sie muß das rasch wachsende technologische Wissen auch für Umweltziele nützen.
- Die Umweltpolitik muß davon ausgehen, daß die Vernachlässigung von Wachstumschancen und die Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge den Lebensstandard in Österreich reduzieren würde, ohne dem ebenfalls rasch wachsenden Wissen über Umweltzusammenhänge wirksam Rechnung tragen zu können.

Für dieses positive Zusammenwirken von Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik ist es erforderlich, mit einigen Vorurteilen rasch aufzuräumen:

Vorurteil 1: Umweltschutz gefährdet das Wirtschaftswachstum.

Das Gegenteil ist wahr: Umweltausgaben fördern vielmehr das Wachstum und damit neue Arbeitsplätze, wenn sie die Nachfrage erhöhen sowie neue Konsum-, Investitions- und Absatzmöglichkeiten schaffen. Für Österreich wird das Marktvolumen des Wirtschaftssektors Umweltschutz auf etwa 20 Milliarden Schilling mit einer jährlichen Steigerung von 10% geschätzt. Umweltschutz sucht den technischen Fortschritt auf einem höheren Niveau, das aus der Komplexität natürlicher Regelkreise lernt und Nutzen zieht.

Vorurteil 2: Wachstum muß der Umwelt schaden.

Das Gegenteil ist wahr: So sind erhebliche Wachstumssteigerungen auch ohne gesteigerten Umweltverbrauch zu bewältigen, wie die Entkoppelung von Wachstum und Energiebedarf zeigt. Gleichzeitig sind Wirtschaftssysteme mit geringem Wachstum besonders immobil und haben daher keinen Spielraum für Umweltinvestitionen.

Vorurteil 3: Ein kleines Land kann nicht Umweltvorreiter sein.

Das Gegenteil ist wahr: Österreich hat zum Beispiel bei der Sanierung der Seen Vorbildliches geleistet. Diese Maßnahmen haben sich volks- und betriebswirtschaftlich "gerechnet", da sie langfristig zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit unserer Freizeitwirtschaft beitragen konnten. Die Vorreiterposition bringt darüber hinaus auch sehr oft technologisches Know-how, das exportiert werden kann.

Vorurteil 4: Umweltschutz muß zu mehr Staatseinfluß führen.

Das Gegenteil ist wahr: Wenn man nur will, so kann anstelle neuer Staatseingriffe eine Vielzahl von marktwirtschaftlichen Maßnahmen gesetzt werden. Wo aber tatsächlich zwingend neue Staatsaufgaben entstehen, sind Kapazitäten zu nützen, die ohnedies durch Entstaatlichung bei überholten öffentlichen Dienstleistungen und durch Verwaltungsreform freigesetzt werden müssen.

Vorurteil 5: Umweltschutz führt zu Zentralisierung.

Das Gegenteil ist wahr: Wirksamer Umweltschutz erfordert Motivation und Kontrolle im überschaubaren Bereich, wie dies dem Subsidiaritätsprinzip entspricht. Umweltschutz ohne die Mitwirkung des einzelnen, insbesondere des Konsumenten, wäre wirkungslos. Überschaubare Strukturen können rascher reagieren, wie etwa das Beispiel Smogalarm zeigt, und Umweltprobleme entstehen häufig in überschaubaren Regelkreisen, wo sie auch am direktesten lösbar sind.

Vorurteil 6: Umweltschutz ist nicht finanzierbar.

Das Gegenteil ist wahr: Experten gehen heute davon aus, daß zur Sanierung der Umweltschäden rund 5 % des Bruttoinlandprodukts eingesetzt werden müssen. Dies ist insbesondere dann kostengünstiger zu bewältigen, wenn marktwirtschaftliche Lösungen gefunden werden und wenn wichtige Umweltaufgaben wie Deponien und Recycling privatwirtschaftlich organisiert sind. Die volkswirtschaftlichen Schäden durch unterlassenen Umweltschutz sind im übrigen wesentlich höher als die Aufwendungen für den Umweltschutz selbst. Diese Kosten sind darüberhinaus umso niedriger, je früher die Maßnahmen gesetzt werden.

Diese angeführten Vorurteile müssen ausgeräumt werden, weil sie insgesamt über die Jahrzehnte zu gravierenden Mängeln im öffentlichen Bewusstsein und in der ökologisch-ökonomischen Strategie geführt haben.

Einen solchen Mängelkatalog aufzustellen, ist nicht schwierig:

- Die Ökologie hat zu wenig ins Preissystem Eingang gefunden. Dies hat zu einem Konsumverhalten und einer Nachfrageentwicklung in Richtung Wegwerfgesellschaft beigetragen.
- Der Irrtum, man könne Umweltpolitik nur mit Staatseingriffen machen, bringt immer mehr und immer rascher neue Gesetze, deren Vollziehung und Kontrolle die Behörden, die Betriebe und die Haushalte bald überfordern werden.
- Das Bruttoinlandsprodukt, das heute als wichtigster Wohlstands- und Wachstumsmesser gilt, nimmt auf Umweltschäden ebenso wenig Rücksicht, wie auf andere gesellschaftlich relevante Bereiche, etwa die Hausfrauenarbeit.
- Es gibt noch immer zu wenig objektive Produktbewertungen und Informationen, die es dem Konsumenten ermöglichen, zwischen umweltgerechten und weniger umweltgerechten Produkten zu entscheiden.
- Für jedes Umweltproblem sofort eine neue Steuer vorzuschlagen, müßte zu einer Flut neuer und unübersichtlicher Belastungen führen, die den Bürger und die Wirtschaft in gleicher Weise verunsichern. Gleichzeitig hätte die Administration dieses Steuerwildwuchses eine Bürokratieexplosion zur Folge.

- Die Wirtschaftsförderung diene bisher zu wenig der umweltorientierten Innovation. Gleichzeitig geschieht ganz generell zu wenig zur Nutzung und Mobilisierung der Privatinitiative.
- Der Staat wurde seiner umweltpolitischen Vorbildaufgabe zu wenig gerecht. Solange das Energiesparen im öffentlichen Bereich nicht stärker sichtbar wird, solange wird sich daraus auch keine Orientierungshilfe für den einzelnen Energieverbraucher ergeben.
- Die finanzielle Ausstattung einer zukunftsorientierten Forschungs- und Technologiepolitik sowie der Universitäten wurde jahrzehntelang vernachlässigt, so daß hier ein ungeheurer Nachholbedarf entstanden ist.
- Der Stellenwert einer ökologisch orientierten Verkehrspolitik wurde viel zu lange vernachlässigt, wie sich an den Versäumnissen der Bundesbahn zeigt, wenn es um ihren Beitrag zur raschen Bewältigung der Transitprobleme geht.
- Die Bemühungen der Land- und Forstwirtschaft um umweltschützende Leistungen und um zukünftige Chancen einer reinen, auf naturnaher und nachhaltiger Wirtschaftsweise beruhenden Lebensmittel- und Rohstoffproduktion sind zu verstärken.

Die Behebung dieser Mängel erfordert eine vorausschauende und langfristige Umweltpolitik, um bestehende Defizite abzubauen und die Entstehung neuer Defizite zu verhindern.

QUALITATIVES WACHSTUM IN DER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Voraussetzung für eine langfristige Sanierung der Umwelt ist eine aktive Wachstumspolitik.

Qualitatives Wachstum erweitert den finanziellen Spielraum der Unternehmen und setzt sie in die Lage, zur Umwelt-Sanierung beizutragen.

Qualitative Wirtschaftspolitik gibt die Chance, durch umweltschonende Produktionsverfahren die Belastung der Umwelt zu vermindern.

In unserem Wachstumsmodell haben Forschung und Innovation daher konsequenterweise besondere Priorität. Verstärkte Forschungsanstrengungen und die Nutzung moderner Technologien tragen zu einer Entkoppelung von Ressourceneinsatz und Wachstum bei.

Je stärker wir am internationalen Know-how teilnehmen, je mehr wir den Strukturwandel beschleunigen und die Qualität unserer Produktion steigern, umso rascher werden wir auch Umweltbelastungen reduzieren können.

Ausländische Beispiele zeigen, daß eine an qualitativen Standards orientierte Volkswirtschaft mit Energie wirksamer und mit natürlichen Ressourcen sparsamer umgeht, als Volkswirtschaften, die sich an nur quantitativen Wachstumszielen oder an planwirtschaftlichem Denken orientieren.

ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT BEGINNT IM EIGENEN HAUS

Die Leistungsfähigkeit einer Marktwirtschaft ist auch daran zu messen, wie sie die Aufgaben des Umweltschutzes bewältigt.

Was wir dazu brauchen, ist eine neue Umweltethik, an der die Menschen ihr Handeln orientieren und die diesem Handeln auch seine Grenzen setzt. Erfreuliche Ansätze für diese Umweltethik gibt es. Eine Lösung des Umweltproblems erfordert jedenfalls aus unserer Sicht einen Wertewandel und eine Änderung des Verhaltens.

Wir setzen auf die Lernfähigkeit des Menschen und sehen die Aufgabe des Staates darin, langfristige Ziele festzulegen und stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, die Anreize für umweltgerechtes Verhalten bieten. Wir setzen auf neuen Entscheidungsspielraum für Produzenten und Konsumenten im Rahmen kooperativer Lösungen.

Dort, wo es um die Sanierung großflächiger Umweltschäden geht, wird allerdings der Staat auch in den 90er Jahren durch gezielte Maßnahmen zur Abhilfe beitragen müssen.

Da Erhöhungen der Gesamtabgabenlast mit unserer wirtschaftspolitischen Linie unvereinbar sind und eine offensive Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft erschweren, müssen die Mittel für erhöhte Umweltausgaben durch Einsparung bei unzeitgemäßen Staatsausgaben aufgebracht werden.

Einer Expansion staatlicher Aufgaben setzen wir jedenfalls die Konzentration staatlicher Leistungen auf die zentralen Herausforderungen der 90er Jahre entgegen.

ÖSTERREICH ALS VORREITER EINER NEUEN UMWELTQUALITÄT

Wir haben die Chance, in vielen Wirtschaftsbereichen ein internationales Vorbild zu sein und das Vorurteil zu widerlegen, daß Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt automatisch zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gehen müssen.

Der österreichische Tourismus ist einer jener Bereiche, in denen Österreich bereits heute eine qualifizierte Rolle übernommen hat. Die Attraktivität eines Urlaubslandes hängt von intakten Landschaften, sauberen Seen und unberührten Naturschönheiten ab. Eine Verbesserung der Umweltqualität wird in diesem Bereich die Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöhen.

Umweltschutzinvestitionen rechnen sich jedenfalls ebenso wie ein schonender Umgang mit der Natur, vergleicht man kurzfristige Ausgaben mit langfristigen Erträgen.

Eine internationale Vorreiterrolle kann Österreich aber auch auf dem Sektor der Lebensmittelproduktion durch die Güte seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse übernehmen, wobei entsprechende Standards dann auch für importierte Waren gelten sollten.

Durch ein verstärktes Umsteigen auf Qualitätsprodukte kann nicht nur kurzfristig ein Marktvorteil erreicht werden, es können auch langfristig neue Märkte und qualitätsbewußte Konsumentenschichten erschlossen werden.

Ausgezeichnete Chancen findet die österreichische Wirtschaft in der Entwicklung zukunftsweisender Umwelttechnologien. Sie werden nicht nur auf den heimischen Märkten nachgefragt, sondern haben auch steigende Exportchancen.

Um diese Chancen gezielt zu nutzen, bedarf es einer selbstbewußten und optimistischen, einer offensiven und konstruktiven Einstellung. Wir sind davon überzeugt, daß ein auf Umweltverträglichkeit ausgerichtetes Wirtschaften einen technischen und industriellen Innovationsschub auslösen wird.

Österreich hat in den letzten Jahren - auch im Verantwortungsbereich der Bundesländer - auf dem Sektor Umweltschutz Beachtliches geleistet. Die großflächige Reinigung der österreichischen Seen und die Maßnahmen zur Schadstoffverringerung bei Kraftwerken, Kesselanlagen und Fahrzeugen sind herausragende Beispiele für eine zukunftsweisende Partnerschaft zwischen Umwelt und Wirtschaft.

Österreich war aber auch bei der Entwicklung neuer Umwelttechnologien erfolgreich. Bei einer weiteren Öffnung der Ostmärkte können wir uns gerade auf dem Sektor der Umwelttechnologie auch dort große Exportchancen ausrechnen. Es wäre dies eine Form der Unterstützung, die nicht nur unseren Nachbarländern, sondern indirekt auch unserer eigenen Umweltsituation zugute käme.

FÜR EINE MARKTWIRTSCHAFTLICHE UMWELTPOLITIK

Marktwirtschaftliche Umweltpolitik will die Kosten für die Belastung der Umwelt und für den nicht regenerierbaren Verbrauch natürlicher Ressourcen zu Kalkulationsgrößen wirtschaftlichen Handelns machen.

Im System der Ökosozialen Marktwirtschaft hat die Belastung der Umwelt einen meßbaren volkswirtschaftlichen Preis. Die Kosten für die Belastung der Umwelt sind im System der Ökosozialen Marktwirtschaft daher ebenso rechenbare Größen, wie die Ersparnisse, die dadurch entstehen, daß Umweltbelastungen vermindert oder gänzlich vermieden werden.

Eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik wird vor der Einführung zusätzlicher Verbote, Auflagen und gesetzlicher Verordnungen - auch wenn sie teilweise unentbehrlich sein mögen - zu allererst stets prüfen, mit welchen marktwirtschaftlichen Maßnahmen das Umweltziel erreicht werden kann.

Staatliche Subventionen für Umweltschutzmaßnahmen widersprechen dem Verursacherprinzip, zu dem wir uns bekennen, sie überfordern den budgetären Spielraum und bergen - wie die staatliche Subventionspraxis vergangener Jahre zeigt - die Gefahr einer rein politisch motivierten Förderungspraxis.

Staatliche Subventionen sollten daher nur für großflächige und besonders kostenintensive Umstellungen gewährt werden, sie sollten zeitlich befristet sein und mit technologischen Innovationen gekoppelt werden. Trägheit, Ideenlosigkeit und Bequemlichkeit dürfen nicht durch staatliche Förderungen begünstigt werden.

Umwelthaftungen sind im Sinne des Verursacherprinzips weiter unverzichtbar. Denkbare Verbesserungen wären in diesem Zusammenhang eine faire Beweislastverteilung, im Einzelfall auch eine Beweislastumkehr, und neuartige Umweltschadensversicherungen mit einem schadensabhängigen Selbstbehalt.

Es gibt interessante Vorschläge, die auf die Schaffung von Umweltmärkten abzielen. So sollten die bestehenden Abfallbörsen zu "Märkten für Sekundärrohstoffe" weiterentwickelt werden. Ferner sind auch wissenschaftlich diskutierte Modelle auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen: Durch den Erwerb von Umweltzertifikaten könnten etwa die Unternehmen selbst entscheiden, ob sie ihr Kontingent an Schadstoffen verbrauchen, indem sie vorgegebene Belastungsgrenzen voll ausschöpfen, oder ob sie diese Grenzen durch den Einsatz neuer Umwelttechnologien freiwillig unterschreiten und Teile ihres Kontingents an einer "Umweltbörse" zum Kauf anbieten, wobei das Ziel stets eine Senkung der Gesamtbelastung sein muß.

Wir treten dafür ein, auch diese sehr neuen Ideen im Rahmen von kontrollierten Feldexperimenten - wie bisher schon bei der Mülltrennung und Müllverwertung - durchzuspielen. Das Risiko eines Fehlschlages ist ungleich geringer als die Risiken, die durch Ideenmangel und Mutlosigkeit entstehen können.

Eine große Chance für entscheidende Schritte in Richtung eines umweltgerechten Verhaltens in Produktion und Konsum sehen wir in der Einführung ökologischer Gesichtspunkte in unser Steuersystem, wie dies für die zweite Etappe der Steuerreform geplant ist: Abgaben als marktwirtschaftliche Instrumente müssen umweltfreundliches Verhalten belohnen und umweltfeindliches Verhalten bestrafen.

Entscheidend ist aber, daß eine verstärkte Berücksichtigung ökologischer Ziele in keinem Fall zu einer Erhöhung der Gesamt-abgabenlast führen darf, sondern vielmehr durch Umschichtungen mit einer weiteren Steuerentlastung vereinbar bleibt.

So wie die erste Etappe der österreichischen Steuerreform auch international anerkannt wurde, so soll die für die nächste Regierungsperiode geplante **zweite Etappe der Steuerreform** vorbildlich neben wirtschaftlichen Impulsen auch attraktive Anreize für ein umweltgerechtes Verhalten beinhalten. Diese neue Reformetappe ist gerade deshalb im Zusammenhang mit der internationalen Steuerdiskussion zu sehen.

Gelingt nämlich bis 1992 international der Durchbruch zur Einführung einer Energieabgabe, dann muß sich Österreich selbstverständlich an dieser großen Lösung beteiligen.

Sollte dies nicht der Fall sein, so wird Österreich im Rahmen einer zunächst kleinen Lösung und in einem ersten Schritt die Abgabenbelastung der einzelnen Energieträger in Richtung stärkerer ökologischer Gewichtung zu ändern haben.

Dies bedeutet beispielsweise, fossile Energieträger nach ihrer Umweltrelevanz tendenziell stärker zu belasten und gleichzeitig erneuerbare Energie-Formen zu entlasten. Die Energieträger Kohle, Koks, Heizöle und Erdgas sind in diesem Sinne aus energiepolitischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten differenziert in die Abgabe einzubeziehen.

Ferner ist die allfällige Einführung einer Abwasserabgabe gemeinsam mit den Förderungen des Wasserwirtschaftsfonds zu einem sinnvollen Maßnahmenpaket zur Gewässerreinigung zu verknüpfen. Dabei sind die bürokratischen Belastungen möglichst gering zu halten und ausreichend lange Umstellungsfristen vorzusehen.

Die KFZ-Steuer sollte ebenfalls ökologisch ausgerichtet werden. Dies bedeutet eine Berechnung nach Leistung, Verbrauch oder Emission, wobei ebenfalls einer möglichst unbürokratischen Lösung der Vorzug zu geben ist.

Da manche Umweltabgaben die Bezieher niedrigerer Einkommen überproportional belasten könnten, müssen auch diese Abgaben unter dem Gesichtspunkt der Fairneß und der sozialen Ausgewogenheit beurteilt werden.

Für uns ist jedenfalls nur eine Reformkonzeption berechtigt, die zwar neue Umweltabgaben und Umweltregelungen vorsieht, die aber gleichzeitig generell die Steuern senken und dabei auch die staatliche Bürokratie verringern will.

Sonst würden die Umweltabgaben nämlich nur zur Verunsicherung der Bevölkerung beitragen und sich dem Verdacht aussetzen, die steuerlichen Entlastungen der ersten Etappe der Steuerreform durch Einführung neuer Steuern wiederum zurückzunehmen.

Eine zentrale Rolle bei der Lösung von Umweltproblemen weisen wir dem technischen Fortschritt zu. Die Forschung und Entwicklung leistet bereits heute einen entscheidenden Beitrag zur Verminderung der Umweltbelastung und zu einem sparsameren Umgang mit der Energie.

Neue einschlägige Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen, Investitionen in Ausstattung und Infrastruktur der technischen Forschungsinstitute, verstärkte Kooperation mit internationalen Forschungseinrichtungen sowie neue und unbürokratische Modelle der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis bieten neue Chancen, den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes zu stellen. Gerade in diesem Bereich kommt der öffentlichen Hand eine wesentliche Vorbildfunktion zu.

Eine ökologische Vorbildfunktion hat der Staat aber auch bei der Bereitstellung öffentlicher Güter insgesamt. Öffentliche Dienstleistungs- und Versorgungssysteme werden in den 90er Jahren nicht nur auf möglichst sparsamen Mitteleinsatz zu überprüfen sein, sondern auch auf ein möglichst hohes Ausmaß an Umweltverträglichkeit.

In den 90er Jahren wird sich daher auch die Informationsarbeit der öffentlichen Hand deutlich verstärken müssen. Umweltgutachten, nationale und regionale Umweltdaten werden in periodischen Abständen ebenso veröffentlicht werden müssen, wie Informationen über die Umweltauswirkungen von einzelnen Stoffen und Produktbestandteilen.

Viele Berufsleitbilder werden sich ändern oder unter ökologischen Gesichtspunkten neu definiert werden. So werden traditionelle Berufe, insbesondere die meisten Lehrberufe, neue umweltrelevante Aufgaben erhalten. Der Beruf des Rauchfangkehrers etwa wird in den 90er Jahren auch die Funktion eines Emissionsberaters umfassen, um mit den Hausbrandemissionen eine der bisher bedeutendsten Emissionsquellen nachhaltig zu reduzieren. Es wird aber auch neue Berufe wie den Abfallberater oder den Ernährungsberater geben.

Noch stärker als heute wird in den 90er Jahren die Land- und Forstwirtschaft in den Dienst eines aktiven Umweltschutzes zu stellen sein. Dabei werden auch Modelle zu überlegen sein, die den einzelnen Landwirt für Leistungen entschädigen, die er im Landschafts- und Bodenschutz für die Allgemeinheit erbringt.

Im städtischen Bereich wird die Mülltrennung und der Energieverbrauch von Hausgemeinschaften gemeinsam zu organisieren und eine Kostenzuteilung vorzusehen sein.

Um das Risiko von berufsbedingten Erkrankungen und Arbeitsunfällen, vor allem beim Umgang mit Problemstoffen, zu verringern, müssen auch in den Betrieben und am Arbeitsplatz verstärkte Bemühungen unternommen werden. Vor allem aber geht es dabei um verstärkte Beratung und Information der Arbeitnehmer über umweltgerechtes Verhalten und den richtigen Umgang mit Problemstoffen. Im Rahmen dieser Beratungs- und Informationstätigkeit soll ein Betriebsrat speziell die Umweltschutzaufgaben betreuen.

Im Schulunterricht muß in den naturwissenschaftlichen Fächern den Schülern neben einer theoretischen Grundlage praktisches Wissen vermittelt werden, wie man im Alltag - ob als Konsument oder auch als Verkehrsteilnehmer - durch umweltgerechtes Verhalten zum Umweltschutz beitragen und aus Umweltinformationen Rückschlüsse für das eigene Handeln ziehen kann.

Aber auch praktische Ärzte werden in den 90er Jahren eine wichtige Beratungsaufgabe wahrzunehmen haben, wenn es darum geht, die Patienten über mögliche Umweltbeeinträchtigungen zu informieren und im Sinne der Gesundheitsvorsorge Ratschläge für gesündere Ernährungs- und Lebensgewohnheiten anzubieten.

Dies sind nur einige Beispiele, wie die Vision eines aktiven und in die Marktwirtschaft integrierten Umweltschutzes langfristig wirksam wird.

DIE 10 PRINZIPIEN DER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Lassen wir den Markt die Umwelt schützen, machen wir Umweltschutz zu einem attraktiven Produkt: So könnte man die Philosophie der Ökosozialen Marktwirtschaft in einem Gedanken darstellen.

Wir fassen die Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft in den folgenden 10 Prinzipien zusammen:

- Umweltkosten müssen erkennbar und wirksam sein:

Die klare Zuordnung von Umweltkosten und neue Kostensignale - wie etwa durch Pfandsysteme - müssen zu einem umweltgerechteren wirtschaftlicheren Verhalten von Konsumenten und Produzenten führen. Umweltmaßnahmen müssen langfristig angelegt und in ihren Auswirkungen für Produzenten und Konsumenten berechenbar sein.

- Der Konsument muß wissen, was er kauft:

Wir brauchen präzise und zuverlässige Deklarationen, um die Kaufentscheidungen auf umweltgerechtes Konsumverhalten und die Produktionsentscheidungen auf umweltgerechte Produktionsverfahren hin zu orientieren.

- Umweltqualität muß selbst zum wertvollen Produkt werden:

Dazu bedarf es einerseits einer Bewußtseinsentwicklung, die umweltbewußten Betrieben und Produkten auch psychologische Marktvorteile gibt, dazu könnte andererseits die Einführung von Umwelt-Zertifikaten beitragen, wobei die Ordnungsfunktion sich darauf beschränkt, den Gesamtpegel der Belastungen schrittweise zu reduzieren.

- Umwelt-Bildung ist Grundlage für besseren Umweltschutz:

Dies bezieht sich nicht nur auf Umweltbewußtsein als allgemeines Bildungsziel, sondern auch auf die Ausbildung von Umweltspezialisten und die Schaffung neuer Berufsbilder, vom Energiesparen bis zur Luftreinhaltung. Eine wesentliche Rolle hat hier die ökologische Vorbildfunktion des Staates, aber auch die Umwelterziehung in Schule und Familie.

- Neue Technologien müssen im Dienst der Umwelt stehen:

Qualitatives Wachstum macht den Umweltschutz finanzierbar, qualitative Innovation bringt umweltfreundliche Verfahren und Produkte. Daher sind Investitionen für Wissenschaft und Forschung auch wichtige Investitionen für eine bessere Umweltqualität.

- Förderungen soll es nur für Zukunftsinvestitionen geben:

Förderungen durch die öffentliche Hand sind nur für großflächige und besonders kostenintensive Umstellungen - etwa zur Bewältigung der Abfallfragen und der Transitproblematik - zu gewähren, sie sollten zeitlich befristet und mit technologischen Innovationen gekoppelt werden. Trägheit und Ideenlosigkeit dürfen nicht durch staatliche Förderungen begünstigt sein.

- Das Steuersystem muß den Umweltschutz attraktiv machen:

Vorrangige Ziele der nächsten Steuerreform sind nicht nur eine weitere Senkung der Gesamtbelastung und eine Vereinfachung des Steuersystems, sondern auch die schrittweise Umorientierung zu einem ökologisch ausgerichteten Steuersystem, für das die weitere Entstaatlichung neuen Handlungsspielraum schaffen muß.

- Verbote müssen sich auf das Notwendige beschränken:

Selbstverständlich bedarf es auch weiter im Einzelfall der Grenzwerte, der Verbote, der Gebote und einer effizienten Kontrolle. Was es aber auch aus Kostengründen und Effizienzgründen zu verhindern gilt, ist ein Ausufern von Vorschriften, Bürokratie und Kontrolle anstelle einer intensiven Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente, die - bei entsprechender Wirksamkeit - stets vor allen anderen Maßnahmen den Vorrang haben müssen.

- Umweltschutz muß eine internationale Aufgabe werden:

Einerseits sind Umweltprobleme oft grenzüberschreitend, andererseits können Umwelttechnologien nur durch internationales Zusammenwirken von wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Know-how entwickelt und eingesetzt werden. Wo dies möglich ist, soll Österreich dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, um seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden und gleichzeitig Chancen für die Wirtschaft zu nützen.

- Umweltschutz verlangt solidarisches Handeln:

Beim Umweltschutz geht es nicht um gruppenegoistische Standpunkte gegen etwas - von neuen Bahnhöfen bis zu neuen Deponien -, sondern um gemeinsame Lösungen und Solidarität mit den betroffenen Menschen und mit den kommenden Generationen, also um eine neue ökosoziale Partnerschaft. Umstellungsmaßnahmen - etwa kostspielige Investitionen oder ökologisch ausgerichtete Abgaben - dürfen nicht zu einseitigen oder asozialen Belastungen führen. Umweltleistungen, wie etwa im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, sind zu honorieren. Nachteile, die durch eine nicht selbst verschuldete Umweltbelastung für einzelne Wirtschaftstreibende und Berufsgruppen entstehen, müssen durch die Allgemeinheit abgegolten werden, wenn der Verursacher nicht mehr greifbar ist.

ZIELKATALOG FÜR UMWELT UND WIRTSCHAFT

Der folgende Zielkatalog für Umwelt und Wirtschaft orientiert sich an diesen Prinzipien, er umfaßt aktuelle und mittelfristige Aufgaben aus heutiger Sicht. Die Volkspartei wird bei seiner Realisierung den sich wandelnden Problemstellungen jeweils möglichst rasch Rechnung tragen.

Wirtschaftspolitische Ziele

- Das Wirtschaftswachstum ist für einen Ressourcentransfer von den traditionellen Aufgabenbereichen des Staates hin zum Umweltschutz zu nützen.
- Der Anteil wirksamer Umweltaufwendungen am Bruttonationalprodukt ist - insbesondere durch marktwirtschaftliche Maßnahmen - schrittweise zu steigern.
- Wirtschaftspolitisches Ziel ist nicht eine Einschränkung, sondern eine "Qualifizierung" des Wachstums. Dazu bedarf es auch einer Neuberechnung wichtiger Kennzahlen wie etwa des Bruttonationalproduktes.
- Wirtschaftspolitisches Ziel ist aber auch eine "Qualifizierung der Bildung", also durch eine Qualitätsoffensive in der Ausbildung und der Weiterbildung. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, das Know-how für die immer komplexeren Fragestellungen - insbesondere des Umweltschutzes - bereitzustellen.

- Die österreichische Sozialpartnerschaft ist aufgerufen, auch die Aufgaben einer Öko-Partnerschaft zu übernehmen und damit zu beweisen, daß sie in der Lage ist, auf neue strukturelle Herausforderungen einzugehen.
- Die öffentliche Hand muß bei der Vergabe von Aufträgen und bei der Beschaffung den umweltfreundlichen Produkten den Vorrang geben.
- Die Wirtschaft benötigt einen langfristigen Katalog von Umweltzielen, um es den Unternehmen zu ermöglichen, in ihre Investitionsplanungen die Vermeidung von Umweltschäden vorausschauend zu integrieren. Dabei sind die Umwelt-Vorschriften laufend dem Stand der Technik anzupassen.
- Die Vermeidung von Umwelt-Belastungen ist wichtiger als deren nachträgliche Behebung. Der planende Unternehmer und Konsument muß daher in die Lage versetzt werden, Umweltgesichtspunkte rechtzeitig selbst zu berücksichtigen.
- Umweltbelastende und energieintensive Verfahren müssen teurer werden als umweltschonende, wobei auch Instrumente der indirekten Förderung einzusetzen sind. Die Umwelttechnologie ist im Rahmen der direkten Wirtschaftsförderung zu einem neuen Schwerpunkt zu machen, gleichzeitig ist die Subventionierung umweltbelastender Industrien schrittweise abzusenken.
- Den im Vormarsch befindlichen und emissionsarmen Techniken der Biotechnologie, der Mikroelektronik und der Nutzung von Biomasse ist Vorrang einzuräumen.
- Lärmemissionen sind auch im Arbeitsbereich eine Umwelt- und Gesundheitsbelastung. Daher muß der Lärmschutz auch am Arbeitsplatz und in der Wohnumgebung von Betrieben ernst genommen werden.

- Im Rahmen der nächsten großen **Steuerreform** sind **ökologische Gesichtspunkte** zu berücksichtigen. Fossile Rohstoffe und Energieträger sollen belastet, andere Bereiche entlastet werden. Insgesamt soll die Abgabentlastung fortgesetzt und der Verwaltungsaufwand für neue Systeme so niedrig wie möglich gehalten werden.
- Ein wichtiger Schritt zum vorbeugenden Umweltschutz ist die Einführung einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** zur Versachlichung des Verfahrens und zur besseren Information und Beteiligung der Bevölkerung.
- Durch die Einführung einer **Umweltschadensversicherung** sollen künftig Unternehmen, die mit umweltgefährdenden Stoffen umgehen, die Möglichkeit erhalten, für die Wiedergutmachung von Schäden an Umwelt und Gesundheit vorzusorgen.
- Die Wirtschaftspolitik hat gerade auch im Bereich der Nahversorgung im Interesse des Umwelt- und des Landschaftsschutzes darauf zu achten, das Entstehen neuer Einkaufszentren auf ein gesellschaftspolitisch und ökologisch vertretbares Maß zu reduzieren.

Luft und Wald

- Weitere Maßnahmen zur Senkung des Schadstoffausstoßes und damit zur **Wald- und Bodenrettung** sind entsprechend dem 12-Punkte-Programm der ÖVP zu realisieren. Die Schutz- und Bannwälder sind großflächig zu sanieren und wieder aufzuforsten.
- Die Verwendung von **Fluorchlorkohlenwasserstoffen** ist rasch und möglichst weitgehend einzuschränken, die Verwendung von

Formaldehyden und Asbesten ist weitgehend zu beschränken, gleiches gilt für den Einsatz von umweltgefährdenden Lacken und Reinigungsmitteln, deren flüchtige giftige Bestandteile durch biologische Produkte zu ersetzen sind.

- Die Festlegung von Emissionsobergrenzen für regional abgegrenzte Gebiete und/oder Branchen ist zu prüfen. Dadurch würde den Emittenten einer Region und/oder Branche die Aufgabe gestellt, sich zu einigen, wer welche Emissionsminderung zu welchem Zeitpunkt vornehmen soll und wie andere Emittenten zu einem finanziellen Ausgleich beitragen.
- Der nachträgliche Einbau von Katalysatoren in PKW ist zu fördern. Nur Katalysator-Fahrzeuge sind bei Smogalarm vom Fahrverbot auszunehmen. Bei LKWs sind die Abgase schrittweise, aber massiv, zu reduzieren und Rußfilter verbindlich vorzuschreiben, sobald dies technisch möglich ist. Die Treibstoffverdampfung bei Tankvorgängen und aus Fahrzeugen muß unterbunden werden.
- Im Hinblick auf die Weltklimasituation sollten Energieträger wie die Biomasse forciert werden, die als Teil des natürlichen Kreislaufes kein zusätzliches Kohlendioxid in die Atmosphäre freisetzen. Biogene Rohstoffe sind verstärkt als unbedenkliche Energieträger in Treibstoffen (etwa Biosprit als Antiklopfmittel) oder als Lösungsmittel in Lacken einzusetzen und steuerlich zu begünstigen.
- Die anlagenrelevanten Bestimmungen des Berggesetzes sind rasch an die umweltpolitischen Standards im Sinne der Gewerbeordnung anzupassen.
- Zur Verringerung der bedenklichen Ozonwerte in bodennahen Luftschichten sind verstärkt Maßnahmen bei den Hauptverursachern zu setzen.

Wasser und Boden

- Ein umfassendes Bodenschutzkonzept ist zu erarbeiten. Dabei sind Grenzwerte für Schwermetalle und andere ökotoxische Stoffe vorzusehen. Insbesondere geht es darum, weitere Immissionen in die Böden durch wirkungsvolle Maßnahmen zu verhindern und den Abbau bereits bestehender Belastungen vorzusehen.
- Bei der Planung und Errichtung von neuen Verkehrsflächen ist insbesondere auf einen sparsamen Flächeneinsatz Rücksicht zu nehmen. Außerdem gilt es, Vorkehrungen zu treffen, die für die umliegenden Flächen Umweltbelastungen möglichst weitgehend ausschließen.
- Flächenrecycling muß in allen Bereichen unterstützt werden. Dazu gehört insbesondere auch die Renaturierung von bebauten Flächen sowie von Bach- und Flußläufen sowie weitgehende Zurückhaltung bei künftigen Regulierungen.
- Das Wasserrechtsgesetz ist durch ein neues Verfahren zur Bewilligung von Kraftwerksbauten unter Einbeziehung Betroffener und der Prüfung der Umweltverträglichkeit zu novellieren. Das Wasserrecht muß eine wirksame Bekämpfung von Gewässerverschmutzungen ermöglichen. Verbindliche, dem Stand der Technik angepaßte Emissions- und Immissionsrichtlinien sind vorzusehen.
- Das Flußbreinhalteprogramm ist weiterzuführen und zu verbessern, um ähnliche Erfolge wie bei der Seen-Sanierung zu erzielen.

Energie

- Die Elektrizitätswirtschaft soll das Energiesparen, die Alternativenergie-Forschung und andere neue Aufgaben in ihre Unternehmensziele aufnehmen. Das Abrechnungssystem ist so zu gestalten, daß der Konsument seine Einsparungserfolge selbst beurteilen kann. Die Tarifgestaltung muß dazu beitragen, daß sich Energiesparen lohnt.
- Energiesparendes Verhalten gehört zu den wichtigsten Zielen der Umwelterziehung und Umweltbildung. Es muß vermittelt werden, daß im Energiesparen und einer rationellen Energienutzung die billigsten und saubersten Energiequellen liegen. Der einzelne muß lernen, wie er im täglichen Leben Energie sparen kann.
- Die Umweltverträglichkeit des Energieträgers Wasserkraft wird einen weiteren Ausbau auch unter gesamtökologischen Gesichtspunkten zur Folge haben. Dabei ist allerdings von soliden Bedarfsprognosen auszugehen.
- Alternative Energieformen sind unter Berücksichtigung ihrer Umweltverträglichkeit möglichst weitgehend zu nutzen. Bei kalorischen Kraftwerken ist in Hinkunft die Nutzung der Abwärme verpflichtend vorzusehen.
- Dem Energieträger Erdgas ist insbesondere gegenüber der Kohle aus ökologischen Gründen der Vorzug zu geben. Gleiches gilt für die von der Land- und Forstwirtschaft verstärkt angebotene Biomasse.

Abfall

- Die Abfallwirtschaft ist soweit als möglich nach privatwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu organisieren.
- Dabei geht es um weitgehenden Verzicht auf unverträgliche Stoffe sowie um Produkte und Produktionen, die sich an den Prinzipien Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit, Wiederverwendbarkeit und Recycling-Eignung orientieren. Hier bietet sich insbesondere die Chance, biologisch restlos abbaubare Kunststoffe verstärkt als Verpackungsmaterial einzusetzen.
- Sammelverfahren und Verwertungsmöglichkeiten, insbesondere Pfandsysteme für Ein- und Mehrweggebinde und für umweltbelastende Problemstoffe, aber auch Möglichkeiten für die Wirtschaft, selbst für die Rückgabe zu sorgen, sind vorzusehen.
- Die einzelnen Substanzen und Produkte müssen über ihren ganzen "Lebenszyklus" nach Umweltkriterien bewertet werden. Bei der Entscheidung über Produkte und Produktionsprozesse sind bereits alle Phasen der Entsorgung zu berücksichtigen. Dieses Wissen muß Produzenten und Konsumenten vermittelt werden.
- So wie das Energiesparen bietet auch das Vermeidungs-Bewußtsein und das Wiederverwertungs-Bewußtsein noch viele Möglichkeiten für das Mithandeln des einzelnen. Auch hier geht es nicht nur um organisatorische Möglichkeiten, sondern um die Bildung eines allgemeinen Bewußtseins.

- Zuletzt ist für eine umweltgerechte und kostendeckende Entsorgung von unvermeidlichen Reststoffen Vorkehrung zu treffen. Für Hausmüll und Sonderabfall sind umweltgerechte, dem Stand der Technik entsprechende Abfallbehandlungsanlagen zu errichten.

Verkehr

- Durch ein Bündel von verhaltensmotivierenden, organisatorischen und technischen Maßnahmen ist der relativ ineffiziente Energieeinsatz im individuellen Kraftfahrzeugverkehr zu verbessern.
- Die Straßenverkehrsinfrastruktur ist vorrangig durch das Schließen von Lücken im hochrangigen Straßennetz, durch die Entschärfung von Gefahrenpunkten und durch den bevorzugten Ausbau von Ortsumfahrungen zu verbessern.
- Ehemalige Durchzugsstraßen sind zu redimensionieren, der Ausbau eines österreichweiten Fahrradweg-Netzes ist zu beschleunigen.
- Im Straßenbau ist die Lärmbelastung von vornherein zu berücksichtigen und zu minimieren. Der Umbau auf Flüsterbeläge ist voranzutreiben.
- Der Straßenverkehr ist in Zukunft durch selektive Geschwindigkeitsbeschränkungen, durch Ruhezeiten in Wohngebieten und durch selektive Nachtfahrverbote umweltverträglicher zu gestalten.

- Der kombinierte Verkehr einschließlich der "Rollenden Landstraßen" auf den Transitstrecken ist forciert auszubauen. Der öffentliche Güterverkehr auf der Schiene muß insgesamt attraktiver werden.
- Der öffentliche Personen-Verkehr ist durch Netz-, Fahrplan- und Tarifabstimmung sowie durch den Ausbau von Verkehrsverbänden attraktiver zu gestalten. Dazu gehören auch anforderungsgerechte Park & Ride - Angebote.
- Die Bedürfnisse des Menschen nach Ruhe, Geborgenheit und einer lebenswerten Umwelt müssen gerade im Wohnumfeld - insbesondere durch flächenhafte Verkehrsberuhigung - verwirklicht werden. Durch eine Offensive "Natur in der Stadt" sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch der städtische Mensch seinen Wohnort als natürliche und gesunde Heimat erleben kann.

Landschaftsschutz

- Die Schaffung der Nationalparks Donau-Auen und Neusiedler See ist in Angriff zu nehmen, über den Nationalpark Hohe Tauern ist ein Staatsvertrag zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern abzuschließen.
- Der Schutz der Alpen als Naturlandschaft und als Erholungsraum muß von den Alpenländern gemeinsam wahrgenommen werden. Eine internationale Konvention zum Schutz der Alpen ist anzustreben.
- Das Feuchtbiotop-Stiftungsgesetz ist zur Erhaltung wertvoller Feuchtbiotope rasch zu beschließen.

Landwirtschaft und Fremdenverkehr

- Die bäuerliche Bevölkerung ist durch eine Weiterentwicklung der Marktordnung unter Beachtung kostendeckender Preise, eines gesicherten Absatzes und des Ausgleichs natürlicher Produktionserschwerisse in ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu stärken.
- Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung der Natur und einer gepflegten Landschaft können nicht zum Nulltarif erbracht werden. Entsprechende leistungsgerechte Abgeltungen sind vorzusehen.
- Die führende Rolle der österreichischen Freizeitwirtschaft ist durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein gezieltes Angebot an Landschaft, gesunder Umwelt, Freizeitwirtschaft und Kultur zu sichern, wobei dem sanften Tourismus besondere Bedeutung zukommen wird.

Bildung und Forschung

- Das Unterrichtsprinzip Umweltschutz ist an den Schulen verstärkt zu berücksichtigen und muß auch ein Schwerpunkt der Erwachsenenbildung sein.
- Im Rahmen der Hochschulen, insbesondere in der universitären Ausbildung sind weitere Umweltschwerpunkte zu setzen, wie dies durch die Einrichtung einer Studienrichtung Ökologie eingeleitet wurde.

- Der Verkehrserziehung kommt eine besondere umweltpolitische Bedeutung zu, weil bereits in der Schule die Grundlage für ein späteres umweltgerechtes Fahrverhalten gelegt werden kann.
- Umweltorientiertes Handeln des einzelnen in der Wirtschaft erfordert entsprechende Aufklärung in den Massenmedien.
- Im Umweltbereich sind besondere Schwerpunkte für Wissenschaft und Forschung zu setzen. Die Entwicklung von Umweltechnologien ist gezielt zu fördern.

Globale Umweltverantwortung

- Solidarischer Umweltschutz bedeutet auch, daß die Umwelt- und Energieprobleme der Entwicklungsländer und unserer östlichen Nachbarländer ernst genommen werden. Internationale Umweltpolitik darf nicht bedeuten, daß die Reichen reich und die Armen arm bleiben. Entwicklungshilfe darf aber auch nicht bedeuten, daß die Entwicklungsländer die Umweltprobleme der hochindustrialisierten Länder nachvollziehen.
- Tropische Regenwälder sind für das Weltklima unersetzbar und ein unschätzbares Reservoir für die Vielfalt von Tier und Pflanzen. Den Tropenwald-besitzenden Ländern muß bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung geholfen werden.
- Der Beitritt zur EG wird es Österreich ermöglichen, an der europäischen Umweltpolitik prominent mitzuwirken. Vorbildliche Lösungen von EG-Staaten können schon jetzt übernommen werden.

- Wir müssen angesichts globaler Bedrohungen, etwa durch das Ozonloch oder den Treibhauseffekt, unseren Beitrag zu einer globalen Umweltverantwortung leisten. Die Voraussetzungen dafür müssen wir durch eine engagierte internationale Umweltpolitik und eine konsequente Umwelt-Außenpolitik schaffen.
- Im Rahmen der Vereinten Nationen sollte analog zu den friedenserhaltenden Aktionen eine Gruppe von "Grün-Helmen" zur raschen und wirksamen Bekämpfung von Natur- und Umweltkatastrophen eingerichtet werden.

Dabei geht es gleichrangig um die Schutz- und Sanierungsaufgaben:

- Luft und Wald,
- Wasser und Grundwasser,
- Boden und Landschaft,

also um den nachhaltigen Schutz unserer primären Lebensgrundlagen.